



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Dr. Anne Cyron, Jan Schiffers, Josef Seidl, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Markus Bayerbach, Uli Henkel, Christian Klingen, Stefan Löw** und **Fraktion (AfD)**

Offenlegung des Abschlussberichts der Pandemie-Übung „LÜKEX 07“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, den Geheimhaltungsgrad „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD)“ des Abschlussberichts der Influenza-Pandemie-Übung „LÜKEX 07“ aufzuheben und diesen öffentlich zugänglich zu machen.

Begründung:

Im Jahr 2007 fand in Deutschland die Pandemie-Übung „LÜKEX 07“ (länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung) statt. An dieser zu diesem Zeitpunkt umfangreichsten Übung dieser Serie, waren sieben Bundesländer (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen), elf Bundesressorts und ca. 50 Unternehmen, Hilfsorganisationen und Verbände beteiligt. Simuliert wurde eine bundesweite Influenza-Pandemie mit einer fiktiven Erkrankungsrate von 33 Prozent der Bevölkerung, bundesweit ca. 400 000 Krankenhauseinweisungen und ca. 100 000 Todesfällen. Das Szenario wurde zusammen mit dem Robert Koch-Institut entwickelt. Die grundlegende Übungsannahme war eine Influenza-Pandemie mit schwerwiegenden gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Auswirkungen vor dem Hintergrund der anhaltenden, durch die terroristische Bedrohung gekennzeichneten, Gefahrenlage in Deutschland, wie auf der Homepage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu lesen ist.

Sehr irritierend wirkt daher, dass Teile der Auswertungsberichte von „LÜKEX 07“ Verschlussache sind. Die Berichte dürfen „nur für den internen Dienstgebrauch“ genutzt werden und es gibt „keine Weitergabe an Dritte“.

Unter diesen brisanten Papieren habe sich ein interner Bericht des Thüringer Innenministers befunden, aus dem im Jahr 2009 das Magazin „Focus“ zitierte. Darin ist von etlichen „Schwachstellen“, „Defiziten“ und „Missverständnissen“ zu lesen. Die übenden Krisenstäbe seien unfähig, Entwicklungen vorherzusagen und „vorausschauende strategische Entscheidungen“ zu fällen. Bedrohliche Szenarien seien „zum Teil unterschätzt“ und auf gravierende Auswirkungen sei nur schleppend oder gar nicht reagiert worden. Es habe an „Instrumenten und Daten“ gefehlt, um den Bedarf an Antibiotika oder an antiviraler Arznei realistisch einzuschätzen.

Gravierend kam hinzu, dass sich Bund und Länder nur unzureichend abgesprochen und in grundsätzlichen Fragen, wie zum Beispiel die Schließung der Schulen, gegensätzlich entschieden hätten. Ein weiterer Fehler sei laut den Autoren des Berichts die „überraschende vorzeitige Beendigung“ der Übung durch Behörden des Bundes und einzelner Länder gewesen sein, daher müsse die Besetzung der Krisenstäbe „für den Realfall einer kritischen Prüfung unterzogen werden“.

Konkret wurde daraus abgeleitet, dass „Chaos und Anarchie“ herrsche, wichtige Informationen seien nicht zwischen den beteiligten Behörden ausgetauscht worden, Zuständigkeiten seien „in unzulässiger Weise“ an andere abgewälzt worden, einige „Problemstellungen mit landesweiter Wirkung“ hätten die Beteiligten nicht einmal erkannt. Insgesamt habe man „Zweifel an der Kompetenz der Verantwortlichen“.

Letztlich kam man zu dem Ergebnis, dass das Gesundheitssystem einer „mittelschweren“ Influenza- Pandemie nicht standhalten könne. In einigen Landkreisen könnte sogar die medizinische Versorgung vollständig zusammenbrechen.

So warnte auch der Chefarzt und spätere Präsident der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin, Wolfgang Wagner vor „einem Zusammenbruch der Arzneimittelversorgung, die dann alle Bereiche der medizinischen und pflegerischen Versorgung betrifft“. Das würde nicht nur die Versorgung der Influenza-Patienten, sondern jene anderer Kranken und Verletzten betreffen. Er warnte schon damals vor massiven Engpässen bei Medikamenten und Schutzausrüstung.

Heute sagt Wagner in einem Interview mit <https://www.welt.de/>, dass sich die Situation nicht geändert habe. Dem Katastrophenschutz sei seither nur eine niedrige Priorität zugekommen und das gehe so weit, dass jahrelang angelegte Vorräte vernichtet wurden.

Es liest sich wie eine Nacherzählung dessen, was wir gerade erleben. Derzeit sind Teile des Abschlussberichts für „LÜKEX 07“ als VS-NfD eingestuft, also „wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann“.

Daher ist es im Interesse der Bevölkerung und vor allem in Bezug auf den Bevölkerungsschutz, den Abschlussbericht der Pandemie-Übung „LÜKEX 07“ offenzulegen. Aus diesem Grund soll die Staatsregierung die Bundesregierung auffordern, für den Abschlussbericht der Pandemie-Übung „LÜKEX 07“ den Geheimhaltungsgrad VS-NfD aufzuheben und diesen öffentlich zugänglich zu machen.